



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/211 - 11.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-32

Fernschreiber 039 890

Gefahren für die Kulturpolitik	S. 1
Frankreich und die deutschen Wahlen	S. 3
Der Kanzler und der BMB	S. 5

"Masshalten" und Totalität

F.B. Wir hören und lesen sehr aufmerksam die von der Regierun-
gspresse als staatspolitisch so klug gefeierten Kanzleräusse-
rungen von der Politik des Masshaltens und der erhöhten Verant-
wortung. Wir hören und lesen aber auch die Auslassungen des CDU-
Abgeordneten Even zur Gewerkschaftsfrage und wir registrieren
schliesslich sehr sorgfältig die Erklärungen, die zur Kulturpo-
litik abgegeben werden. Wer kann es uns verdenken, dass wir dann
den Kanzlerworten mit Skepsis und Misstrauen begegnen? Täuschen
wir uns nicht: schon in Kürze werden wir wissen, ob, wie auf
den Gewerkschaftssektor, in der Kulturpolitik das Masshalten
oder die Versuchung zur Totalität triumphieren wird. Die Bilanz-
aufnahme von wenigen Tagen im vorparlamentarischen Raum gibt
jedenfalls zu ernststen Besorgnissen Anlass.

Schon die Erklärung des Kölner Kardinals Frings liess auf-
horchen, als er nach der Wahl erklärte, dass die Frage der Ehe-
und Familienrechtsreform nun gelöst werden müsse. Noch deutlicher
wurde der Führer der "Jungen Union" der CDU, der Abgeordnete
Majonika, der erklärte, dass die CDU/CSU nun darangehen werde,
jene Punkte des Hamburger CDU-Programms, die die Familienpolitik
betreffen, zu verwirklichen. Das gelte namentlich für die Fa-
milienrechtsreform.

Wer sich noch an Hamburg und die Beschlüsse der CDU erinnert,

der wird wissen, dass Majonika mit seiner "Jungen Union" als Vortrupp Dr. Wuermelings im CDU-Programm Beschlüsse zur Familienrechtsreform verankerte, die den Gleichheitsgrundsatz geradezu ins Gesicht schlagen. Beschlüsse, die den Frauen der CDU-Delegierten einen solchen Schrecken einjagten, dass sie den Mut hatten, offen mit Nein zu stimmen. Gerade diese Reaktion gibt uns die Zuversicht, dass die Sozialdemokratie auch auf diesem Gebiet nicht zu resignieren braucht, sondern dass sie selbst in der CDU Verbündete finden kann.

Es ist kein Geheimnis, dass die Äusserungen Majonikas in CDU-Kreisen Kritik begegneten. Wie man diese Kritik ausschalten will, das zeigt der "Rheinische Merkur" vom 11. September 1953, wo der Chefredakteur, Otto B. Roegele, unter anderem schreibt:

"Freilich, der Zuwachs, den die christlichen Abgeordneten im neuen Bundestag erhalten haben, bedeutet - so erfreulich er in politischer Hinsicht ist - auch einen Anlass zu ernster Besinnung. Es ist kein Geheimnis, dass bei der Auswahl der Bundestagskandidaten für die CDU nicht immer in erster Linie nach der christlichen Substanz gefragt wurde. Auch die CDU ist daher nicht frei von der Gefahr, dass die grossen Linien ihres Programms hier und da hinter die Interessen der Interessenten und die Instinkte der Gruppen gerückt werden".

Dieses Zitat zeigt, dass selbst in der Partei des Kanzlers eine Hexenjagd gegen die Kräfte zu erwarten ist, die nicht nur christlich, sondern auch, wie es das Wesen des Christentums verlangt, tolerant sein wollen.

Vergessen wir schliesslich nicht die Erklärung des Prälaten Wilhelm Böhler, des Beauftragten der Fuldaer Bischofskonferenz bei der Bundesregierung, zum Wahlausgang, der meinte, dass dem Wahlergebnis ein kulturpolitisches Gewicht beizumessen und und es seine Rückwirkung auf die kulturpolitische Situation im Südweststaat und in Niedersachsen - um nur zwei Länder zu erwähnen - nicht verfehlen werde

Alle diese Äusserungen zeigen, was auf dem kulturpolitischen Gebiet zu erwarten ist. Deshalb ist es gut, dass die SPD baldmöglichst einen Initiativantrag zu der Reform des Eherechtes einbringen will. An diesem Antrag werden sich die Geister scheiden. Dies ist nur ein Punkt. Zahllose andere Probleme werden im Laufe der nächsten Zeit auftauchen, die sämtlich Prüfsteine für die Frage "Masshalten oder Totalität" sein werden.

Zwiespältiger Widerhall in Frankreich

G.S. Paris

Das offizielle Frankreich weiss angesichts des Ausgangs der Wahlen in Deutschland nicht, ob es weinen oder lachen soll; die unbedingten Anhänger der europäischen "Integration" auf der Grundlage "Kleincuropas" frohlocken und sind jetzt davon überzeugt, dass das französische Parlament den EVG-Vertrag ratifizieren wird - oder muss, wie "Realisten" hinzufügen, die an den amerikanischen Druck denken, der jetzt in dieser Hinsicht auf die französische Regierung ausgeübt worden wird. Aussenminister Bidault, der unentwegt erklärte, dass erst das Resultat der deutschen Wahlen abgewertet werden müsste, bevor Frankreich definitiv zum EVG-Vertrag Stellung nehmen könnte, wird jetzt gezwungen sein - was ihm schwer fällt - eindeutig zu sagen, ob er die Politik Robert Schumans fortsetzen oder einen anderen Weg einschlagen will.

Doch kann kein Zweifel daran bestehen, dass sich mit dem Erfolg Adenauers die Dinge gewandelt haben. Einerseits wird die Kohorte jener verstärkt werden, die sich für eine unbedingte "Integration" Europas einsetzen, weil - nach Ansicht vieler französischer Politiker - Adenauer gemeinsam mit den Vereinigten Staaten eine Politik betreiben wird, die eine Verständigung mit der Sowjetunion und damit eine Verwirklichung der deutschen Einheit in eine ferne Zukunft verschiebt. Andererseits aber - und das ist die andere Auswirkung des Wahlergebnisses - wird die in Frankreich implizite Furcht angesichts eines Partners wachsen, den die französische Öffentlichkeit als "stark" und sogar als "gefährlich" betrachtet. Nicht von ungefähr werden in der französischen Presse Stimmen laut, die darauf hinweisen, dass es jetzt unvermeidlich zu einem Bündnis USA-Bundesrepublik kommen müsste, sollte sich Frankreich nicht entschliessen, eine "aktive europäische Politik" zu betreiben, d.h. zunächst den EVG-Vertrag zu ratifizieren.

Andererseits sollte nicht überschrieben werden, dass der "amerikanische Sieg in Bonn", wie sich eine französische Zeitung ausdrückte, in einer Versteifung der Haltung jener zum Ausdruck kommen wird, die einerseits das "deutsche Übergewicht" in Europa und andererseits fürchten, dass die Vereinigten Staaten angesichts des Erfolges

Adenauers eine intransigente Politik gegenüber der Sowjetunion betreiben könnten. Nicht von ungefähr erklärte der Berichterstatter des EWG-Vertrages im französischen Parlament, der Sozialist Jules Moch, mit Bezug auf den Ausgang der deutschen Wahlen: "Die Ereignisse erleichtern nicht die Aufgabe jener, die das Misstrauen auf internationalen Gebiet nicht verstärken, sondern verringern wollen, die verhandeln und nicht drohen wollen und die sich bemühen, den Frieden durch eine Annäherung der Gesichtspunkte zu fördern und nicht durch gefährliche Erklärungen über eine materielle Überlegenheit, die zur Verschärfung des Wettrüstens führt."

Ein konservativer Politiker, General Billotte, brachte die Befürchtungen eines anderen Teils der französischen Bevölkerung zum Ausdruck, als er erklärte: "Es ist zu befürchten, dass jetzt noch offener gewisse Tendenzen zum Ausdruck kommen, die darauf abzielen, das Gleichgewicht innerhalb der westlichen Welt zu verändern ..." Gleichgültig, ob diese Befürchtungen berechtigt sind oder nicht, so spricht doch allein die Feststellung, dass sie bestehen, für die Wahrscheinlichkeit einer Versteifung gegenüber der Ratifizierung des EWG-Vertrages.

Obwohl in französischen Sozialistenkreisen keineswegs die Tatsache unterschätzt wird, dass die deutsche Sozialdemokratie weiterhin einen soliden Block bildet, dass sie Stimmen gewonnen hat und bereit ist, den Kampf gegen den Bürgerblock fortzusetzen, wird doch mit einer gewissen Beunruhigung zur Kenntnis genommen, dass die Stärkung der konservativen Reaktion in Deutschland nach dem Sieg Churchills in England und nach dem Misserfolg des demokratischen Sozialismus in Italien insgesamt eine Schwächung des demokratischen Sozialismus in Europa anzeigt. Mit Beunruhigung weisen französische Sozialisten darauf hin, dass die konservative Regierung der Vereinigten Staaten offen in den deutschen Wahlkampf eingriff und damit nicht nur - aussenpolitisch - für den EWG-Vertrag, sondern auch - allgemein gesprochen - für die konservativ-reaktionären Kräfte ausserhalb der Vereinigten Staaten Stellung nahm. Auf sozialistischer Seite war man - leider - viel diskreter.....

Wohin geht der BHE?

(sp) Zum zweitenmal innerhalb dieser Woche musste sich der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, von Brentano, eine brüske Zurechtweisung durch den Kanzler gefallen lassen. Herr von Brentano glaubte, kraft seiner Stellung als Fraktionsvorsitzender der Partei mit absoluter Mehrheit, einen massgeblichen Einfluss auf die Zusammensetzung des künftigen Bundeskabinetts ausüben zu können. Für sich selbst beanspruchte er das Aussenministerium, wurde aber sofort vom Kanzler unter nicht gerade höflichen Begleitumständen zurückgepfiffen. Der Bundeskanzler denkt gar nicht daran, das Aussenministerium abzugeben, vielleicht aus dem Grunde, dass nur er allein es wagen kann, den mit der vorgeschlagenen Europäisierung der Saar beabsichtigten Ausverkauf deutschen Gebietes vor dem deutschen Volk zu verantworten.

In der gleichen Konferenz vor der Auslandspresse, in der sich von Brentano schon als zukünftiger Aussenminister empfahl, passierte ihm ein zweites Missgeschick. Er sagte, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten werde aufgefordert werden, an der Koalition teilzunehmen. Auch hier kam die Zurechtweisung auf dem Fusse. In der Frage einer Koalitionsbeteiligung des BHE habe der Kanzler das entscheidende Wort, heisst es jetzt aus Kreisen, die dem Bundesvorstand der CDU nahe stehen. Mit anderen Worten: der Kanzler hat sich auch diese "Einnischung" auf eine für Herrn von Brentano nicht gerade schmeichelhafte Weise verboten.

Das besagt natürlich nicht, dass der Bundeskanzler den BHE nicht vor seinen Karren spannen will - aber zu Bedingungen, die einer Kapitulation gleichkommen. Der BHE hat sich selbst in diese für ihn ungünstige Lage hinein manövriert. Sein bedingungsloses Ja zum EVG-Vertrag beraubt ihn jetzt jeder Handlungsfreiheit; er muss, falls er in das Regierungslager hinüberschwenkt, viel opfern, ohne viel dafür zu bekommen. Es ist möglich, dass dem BHE das Flüchtlingsministerium angeboten wird, aber der ehrgeizige und durch den Wahlausgang enttäuschte Kraft hat schon angedeutet, dass er diesen nur auf den ersten Blick verlockenden Bissen nicht schlucken will - denn dies wäre der sicherste Weg, seiner Partei endgültig das Grab zu schaufeln.

Ein BHE-Flüchtlingsminister müsste, wenn es nach dem Willen des Kanzlers geht, seine Zustimmung für das beabsichtigte deutsch-polnische Kondominium (gemeinsame Verwaltungshoheit) in den jetzt unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten geben. Damit würden wohl alle Hoffnungen auf eine Rückkehr der Vertriebenen in ihre angestammte Heimat endgültig begraben. Hinter diesen noch unüberleglichen und unklaren Vorstellungen des Kanzlers über eine endgültige deutsch-polnische Regelung, der die Ausschaltung der Sowjetunion vorangehen müsste, verbirgt sich doch nichts anderes als eine psychologische Vorbereitung auf die Preisgabe des deutschen Ostens.

Verantwortlich: Peter Raunau